

aufstehen

Arbeitsgruppe bzw. Themenraum BILDUNG, CHANCENGLEICHHEIT und DIGITALES

BILDUNG ist ein Menschenrecht

- ebenso das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard
- sowie das Recht auf Teilnahme am gesamtgesellschaftlichen und kulturellen Leben

Dennoch gibt es immer mehr Schulabbrecher sowie über 7 Millionen Analphabeten. Immer weniger Jugendliche erfüllen die Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung.

In der Grundschule fallen ca. ein Drittel der Schülerinnen und Schüler (SuS) in ihren Leistungen zurück.

Die „Spaltung der Gesellschaft“ vertieft sich auch durch unzureichende Bildung weiter.

Warum versagt unser BILDUNGSSYSTEM?

Es scheitert

- an der einseitigen *Ausrichtung* des Schulsystems auf die *Verwertbarkeit* der zukünftigen Erwachsenen in der Arbeitswelt (vgl. Gruber, Elke: Kurze Geschichte des Bildungsbegriffs),
- an der daraus resultierenden frühen Selektierung,
- an der fehlenden Zeit, einen ausreichend differenzierten Unterricht umzusetzen und an der teils lebensfremden Bildungsvermittlung,
- an den fehlenden Voraussetzungen, die geeignet wären, Schwächere zu fördern, Inklusion und Integration umzusetzen und besondere Begabungen, Bedürfnisse und Neigungen zu unterstützen,
- am fehlenden politischen Willen,
- an unterschiedlichen Gruppeninteressen und an den vorhandenen sozialen Ungleichheiten,
- an dauerhaft unzureichenden personellen und finanziellen Ausstattungen,
- an den unterschiedlichen Bildungsinhalten und Bildungszielen in den 16 Bundesländern.

Bildung ist nicht auf reines Wissen beschränkt und sollte

- Menschen befähigen, die an sie gestellten Aufgaben bewältigen zu können,
- Menschen befähigen entsprechend ihrer Fähigkeiten und Möglichkeiten nicht nur ihren Platz im Erwerbsleben zu finden, sondern gesellschaftliche Aufgaben zu verstehen, zu beurteilen und an ihren Lösungen verantwortungsvoll mitzuwirken,
- den SuS ermöglichen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, ihren Platz in der Gesellschaft und der globalen Welt zu finden sowie in Geborgenheit ein angstfreies Leben führen zu können,
- dazu beitragen, das persönliche Leben mit seinen sozialen Vernetzungen den eigenen Bedürfnissen entsprechend sinnerfüllend zu gestalten.

Erziehung und Bildung müssen in diesem Sinne auch die *Selbstbefähigung* der/des Einzelnen fördern, in ihre/seine gesellschaftlichen, sozialen und beruflichen Aufgaben und Rollen hineinzuwachsen und diese mitzugestalten.

Mit dem Erwerb verschiedener Kompetenzen (personale, soziale, fachliche, methodische etc.) werden auch die Fähigkeiten zum *lebenslangen Lernen* ermöglicht und gefördert. Für eine solche *Bildung* wird Zeit benötigt, die in verschiedensten Lebenssituationen zugestanden werden muss.

Wir fordern die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf

- das Kooperationsverbot (Bund/Land) abzuschaffen,
- einen offenen, demokratischen Diskurs über die Grundvoraussetzungen für BILDUNG zu führen,
- einheitliche Kerncurricula (ehemalige Lehrpläne) für alle Bundesländer, die den Ländern begrenzte Freiräume lassen, einzuführen,
- die Personalpolitik im Bildungswesen deutlich zu verbessern.

Das bedeutet für

Kitas

- Die frühkindliche Förderung ist zu unterstützen.
- Elternfreundliche Öffnungszeiten sind zu ermöglichen.
- Betreuungsschlüssel: max. 4 Kinder bis zu 3 Jahren; max. 8 Kinder ab 3 Jahren

Schulen

- Die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte muss an die Lebenswelt der SuS angepasst werden (Fachdidaktik, Pädagogik, Psychologie, Soziologie etc.), ohne die Lehrkräfte noch mehr zu belasten.
- Die Rahmenbedingungen für Inklusion und Integration müssen erheblich verbessert werden.
- Derzeit angewandte Methoden (u. a. Montessori-Elemente) sind auf ihre Fehler bzw. Schwächen hin zu untersuchen, Erkenntnisse entsprechend umzusetzen und bessere Fördermöglichkeiten während der Schulzeit zu schaffen.
- Die allgemeine und die berufliche Bildung müssen verbessert und zukunftsorientiert ausgerichtet werden, um die Lernenden nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ auf ihr späteres Leben (Arbeitswelt, Gesellschaftliche Verantwortung etc.) vorzubereiten.
- Für den digitalen Unterricht müssen die technischen Voraussetzungen geschaffen, die inhaltlichen Anforderungen vermittelt und die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen eingerichtet werden.
- Politische Bildung und Medienkompetenz sind unter demokratischen und kritischen Gesichtspunkten zu fördern.

Des Weiteren ist die **Chancengleichheit** zu gewährleisten.

Daher fordern wir:

- Elterngeld abschaffen, dafür zum Schuljahresbeginn jeweils Bildungszuschuss für Benachteiligte in Höhe von 30 € und 50 € ab Klasse 7 zahlen (Klassenfahrten, Kopien, Verbrauchsmaterialien, Zusatzliteratur usw.) und zur Einschulung
- kostenfreies, gesundes warmes Schulessen
- keine Rückzahlung von BAföG (SuS/Studenten)
- Kinder sollen in den Ganztageeinrichtungen nicht aufbewahrt, sondern in ihrer Entwicklung gefördert werden (mehr Ganztage Schulen und Vereine einbeziehen)
- Reduzierung bzw. keine Ausweitung von Schulen in freier Trägerschaft und Kürzung der staatlichen Unterstützung
- Förderkurse und Nachhilfe (in den Hauptfächern) verpflichtend in Ganztagsangeboten einrichten

- Lernmittelfreiheit (Bücher, technische Geräte für den Schulalltag etc.) auf der gesamten Bundesebene

Finanzierungsvorschläge zur Realisierung der mit Kosten verbundenen Forderungen

- Diese sind von denen zu tragen, die es sich leisten können.
- Unnötige andere Ausgaben sind zu beenden.
- Statt in Rüstungsausgaben sollte in Heimat-, Katastrophen- und Zivilschutz investiert werden, wodurch die Infrastruktur gestärkt wird.
- In den Haushaltsplänen (Bund/Land/Kommune) ist unbedingt ein Schwerpunkt auf das Thema Bildung zu setzen.
- Personen mit einem entsprechend hohen Einkommen (in Anlehnung an das Durchschnittseinkommen) und Vermögende sollen stärker besteuert werden (Wiedereinführung der Vermögensteuer).

Ergänzend möchten wir Folgendes zum Ausdruck bringen:

- Die Rahmenbedingungen für Fächer wie Kunst, Musik, Religion oder Sport sollten an jeder Bildungseinrichtung ermöglicht werden.
- Das große Thema der Digitalisierung ist in seiner Vielfalt und im Zusammenhang zu betrachten.
- Es ist notwendig, eine unabhängige Kontrollstelle einzurichten, um den vorherrschenden „Lobbyismus“ oder etwaige Ideologien aus den Bildungseinrichtungen zu entfernen und fernzuhalten.

Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass dieses Dokument sich nicht auf die Bereiche

- berufliche Bildung (inkl. Fortbildung)
- Erwachsenenbildung
- Hochschulwesen
- Wissenschaft und Forschung

bezieht und weiterer Ausführungen bedarf.